

"Machtergreifung?" - Kontinuitäten und Brüche bei Institutionen und Persönlichkeiten der Agrar-, Siedlungs- und Raumordnungspolitik

Dams, Theodor J.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dams, T. J. (2009). "Machtergreifung?" - Kontinuitäten und Brüche bei Institutionen und Persönlichkeiten der Agrar-, Siedlungs- und Raumordnungspolitik. In H. Mäding, & W. Strubelt (Hrsg.), *Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik: Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung* (S. 161-187). Hannover: Verl. d. ARL. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-360033>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Theodor J. Dams

**„Machtergreifung?“ – Kontinuitäten und Brüche bei Institutionen und
Persönlichkeiten der Agrar-, Siedlungs- und Raumordnungspolitik**

S. 161 bis 187

Aus:

Heinrich Mäding, Wendelin Strubelt (Hrsg.)

Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik

Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung
und Raumplanung

Arbeitsmaterial der ARL 346

Hannover 2009

Theodor J. Dams

„Machtergreifung?“ – Kontinuitäten und Brüche bei Institutionen und Persönlichkeiten der Agrar-, Siedlungs- und Raumordnungspolitik

Gliederung

- 1 Fragestellung des Beitrags
- 2 Materialbasis
- 3 Erster Zeitabschnitt: bis 1933
- 4 Zweiter Zeitabschnitt: die NS-Zeit 1933 bis 1945
 - 4.1 Konrad Meyer – Berufung zur Raumordnung aus seiner Sicht
 - 4.2 Konrad Meyers Göttinger und Berliner Zeit
 - 4.2.1. Hochschullaufbahn und politischer Auftrag
 - 4.2.2 Der Weg von Göttingen über Jena nach Berlin
 - 4.2.3 Schließung des „Serings-Instituts“
 - 4.2.4 Das Schicksal des Vereins für Socialpolitik
 - 4.2.5 Meyers Griff nach Serings internationaler Position
 - 4.3 Der Ausbau der NS-eigenen Forschungs- und Planungsstrukturen
 - 4.4 Biologischer Landbau – Landschaftspflege – Siedlungspolitik
 - 4.5 Die Zuarbeitung zu Forschungs- und Planungsaufgaben
 - 4.5.1 Personelle Übersicht
 - 4.5.2 Institutionelle Verzahnung zum Generalplan Ost
 - 4.5.3 Zwischenbemerkung
- 5 Dritter Zeitabschnitt: die Periode nach 1945
 - 5.1 Konrad Meyer vor dem Internationalen Militärgerichtshof
 - 5.2 Verhalten Konrad Meyers nach 1948
 - 5.3 Raumordnung und Raumforschung – der Anspruch auf eine wertneutrale Disziplin
 - 5.4 Brüche und Kontinuitäten
 - 5.4.1 Persönliche Vorbemerkungen
 - 5.4.2 Institutionelle Kontinuitäten und Brüche
- 6 Schlussbetrachtung – die moralisch-ethische Dimension

Literatur

1 Fragestellung des Beitrags

Im „Call for Papers“ scheint der Untersuchungszeitraum auf „Vom Dritten Reich bis zur Bundesrepublik 1935–1970“ schwerpunktmäßig eingegrenzt zu sein. Das Wort „insbesondere“ in der Ausschreibung eröffnet jedoch die Möglichkeit, diese Zeitbegrenzung auszuweiten; sie wird in den nachfolgenden Ausführungen genutzt. Die engere Themenstellung (1935–1970) mag aus der Sicht der Analyse des „Generalplan Ost“, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Auftrag gegeben, zweckmäßig sein. Das reicht jedoch nicht für die Erklärung der komplexen zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhänge aus. Nach Durchsicht der relevanten Literatur wird – auch vor dem Hintergrund der von Zeitzeugen erhaltenen Informationen – eine zeitliche Dreiteilung vorgenommen.

Im Mittelpunkt der Abhandlung steht der Zeitraum 1933–1945 in seiner Ausformung der Raumordnung und Raumforschung unter Rückgriff auf die Agrar- und Siedlungspolitik. H.-E. Volkmann (1989) hat in seinem Beitrag „Deutsche Agrarreliten auf Revisions- und Expansionskurs“ überzeugend dargelegt, dass – unter Rückgriff auf K. Sontheimer (1983) – die „große Zahl der Äußerungen in der Wilhelminischen und der Weimarer Zeit (...) zwar nicht zu einer Klärung der nationalsozialistischen Ideologie, wohl aber zu einer Aufhellung des geistigen Vorfeldes, in der sie begründet lag, und zwar durch die Wirksamkeit bestimmter Personen und Kreise“ beiträgt. Diese Feststellung gilt auch für die Raumordnung und Raumforschung. Von dorther leitet sich die zeithistorische Dreiteilung „bis 1933“, „1933–1945“ und „nach 1945“ ab.

Für die Behandlung des Themas ist noch eine weitere Dreiteilung von Bedeutung. Sie ergibt sich aus den verschiedenen Ansätzen der Agrar-, Siedlungs- und Raumordnungspolitik:

- die liberal-rationale Agrar- und Siedlungspolitik,
- die NS-Ideologie „Blut und Boden“ auf der Grundlage der Nürnberger Gesetze,
- die planvolle, naturnahe und ökologische Landschaftserhaltung und -gestaltung.

In Abb. 1 werden die Begriffe inhaltlich mit den Namen der jeweiligen Vertreter der Wissenschaft und Politik verbunden.

Abb. 1: Ideengeschichtliche Einordnung verschiedener Ansätze der Agrar-, Siedlungs- und Raumordnungspolitik

Liberal-rationalistische Agrar- und Siedlungspolitik	NS-Ideologie: „Blut und Boden“ auf Grundlage der Nürnberger Gesetze	Planvolle, naturnahe und ökologische Landschaftsplanung
C. von Dietze (1891-1973) M. Sering (Denkschrift 1934) (1857-1939) Reichsheimstättengesetz (1921) Deutsches Institut für Agrar- und Siedlungswesen (1921-1934) Verein für Socialpolitik (1872-1936) E. Woermann (1899-1980) K. Brandt (1899-1975) A. Hanau (1902-1985) H. Wilbrandt (1903-1989) Th. Brinkmann (1877-1951) F. Aereboe (1865-1942) A. Thaer (1752-1850) J.H. v. Thünen (1783-1850)	Überlegenheit der nordischen Rasse; Siedlungspolitik als „Umwol- kungspolitik“ Bäuerliche „Nutzungslehre“ als Gegenstück zur landw. Betriebs- lehre W. Darré 1929: Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse F. Merckenschlager, 1933: Zwi- schen Hünengrab und Pfahlbau. 1933-35: Gesetz Neubildung deutschen Bauerntums 1933 Reichserbhofgesetz und Reichsnährstand K. Meyer (1901-1973) K. Meyer: Generalplan Ost 1942 H. Himmler, 1942: Verantwor- tung für die Festigung deutschen Volkstums. Unterstellung des Siedlungswesens. Beauftragung von K. Meyer als Leiter der Hauptabteilung „Planung und Boden“ K. Meyer 1935-1945: Obmann „Forschungsdienst“. 1936-1939 Leiter der Reichsarbeitsgemein- schaft für Raumforschung 1943: Gründung Institut für Europäische Landbauforschung u. Ernährungswirtschaft (Lei- tung: E. Woermann) K. Meyer 1934: Lehrstuhl im Institut Agrarwesen und Agrar- politik in Berlin Machtkonzentration in Hand von K. Meyer	Organisch-biologische Land- wirtschaft, Landschaftspflege und -schutz Lebensgesetzliche Landbauwei- se Naturgesetzlichkeiten als Ord- nungsprinzip „beseelter, gesun- der Naturlandschaft“ (K. Meyer) Bauer als Bestandteil der Kultur- landschaft: Neuer agrarischer Absolutismus A. Seiffert: Warnung vor Ver- steppung (1890-1972) K. Meyer, Verlorenes Jahrhun- dert durch Rationalismus in der Landwirtschaft (1840-1939) Wiepking-Jürgensmann, „Aus- schwingen seelischer Kräfte. Tiere und Pflanzen als Freunde und Brüder“ (1891-1973) E. Mäding, 1942: Gestaltung der Landschaft als Hoheitsrecht und Hoheitspflicht R. Hess (1894-1987) Rudolf Steiner (1861-1925) J. Möser (1720-1795) J. G. v. Herder (1744-1803) J. W. v. Goethe (1749-1832)

Quelle: eigene Darstellung aus vorliegender Literatur

Auf der Grundlage dieser zeitlichen und ideengeschichtlichen Grobgliederung sind die „Kontinuitäten“ und „Brüche“ in der Entwicklung der Raumordnung sowie der Landes- und Siedlungsplanung bis 1945 herauszuarbeiten. Diese Ergebnisse sind dann die Basis für die Untersuchung, welche Verbindungen nach dem 2. Weltkrieg zu den beiden Perioden „bis 1933“ und „1933–1945“ bestehen (könnten).

Folgende Einzelprobleme und -fragen werden dabei bearbeitet:

- Die inhaltlichen und personellen Kontinuitäten und Brüche in Raumordnung und Raumforschung, einschließlich der Siedlungspolitik, sind für den Zeitraum von der Jahrhundertwende (um 1900 und davor) bis 1970 (und darüber hinaus) zu analysieren, um in der zeitlichen Abfolge die Zusammenhänge annähernd auszuleuchten;
- es sind institutionelle und personelle Netzwerke in jedem der drei Zeitabschnitte zu erfassen, weil einige Ideologien nur dadurch teilweise eine Erklärung finden können;
- die Bedeutung des „Sering-Instituts“ und der politische Prozess seiner Auflösung;
- das politische Schicksal der Institution „Verein für Socialpolitik“;
- die Person Konrad Meyer(-Hetling) und sein Weg zur Siedlungs- und Raumordnungspolitik;
- der Griff Konrad Meyers nach Serings internationaler Position;
- der Ausbau der NS-eigenen Forschungs- und Planungsstrukturen durch K. Meyer und die relevanten Aktivitäten;
- die Einbeziehung der Landespflege und -gestaltung in die Raumordnung.

Die Darstellung endet mit der Analyse der Entwicklung von Agrar- und Raum- bzw. Siedlungspolitik nach 1945; insbesondere in dieser Periode sind Kontinuitäten und Brüche zur NS-Zeit aufzuzeigen.

2 Materialbasis

Aus dem Literaturverzeichnis ist zu entnehmen, welche Sekundärmaterialien – zum Teil mit konträren Auffassungen – verwendet wurden. Es werden weiterhin persönlich erhaltene Informationen eingebracht: Der Verfasser war Assistent von Prof. Heinrich Niehaus, Universität Bonn, früherer Mitarbeiter von Prof. Max Sering in Berlin. Außerdem war er Referent in der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. (FAA) unter Vorsitz von Prof. Constantin von Dietze, Universität Freiburg.

Durch die Tätigkeit bei der FAA entstanden Kontakte zu Prof. Emil Woermann, Universität Göttingen, Prof. Hans Wilbrandt und Arthur Hanau. Auch mit Max Rolfes, Gießen, Herbert Morgen, Georg Blohm, alle als Mitarbeiter von Konrad Meyer in der NS-Zeit (in der DFG-Dokumentation ausgewiesen), wurden Gespräche geführt. Mit Konrad Meyer gab es Begegnungen im Rahmen der Arbeiten der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), insbesondere im Ausschuss „Landwirtschaft“ unter Leitung von Herbert Morgen. Heinrich Hunke und Arthur Kühn begegnete man auf ARL-Tagungen.

Im Vergleich zu Historikern wurde stärker auf die von Heinz Haushofer verfasste „Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik“ (Haushofer 1958), die er seinem Bruder Albrecht, im Widerstand am 23.04.1945 erschossen, widmete, zurückgegriffen.

Für die Aktivitäten von Konrad Meyer auf der Ebene der International Conference of Agricultural Economists (ICAE) wurden die entsprechenden Proceedings der Jahre 1936 und 1938 herangezogen (ICAE 1936 und 1938). Weiterhin konnte auf die beiden nicht veröffentlichten Aufzeichnungen zurückgegriffen werden:

- Constantin von Dietze: Notizen aus der Zeit von September 1944 bis April 1945. Manuskript, im Gefängnis Moabit und im Konzentrationslager Ravensbrück aufgezichnet (von Dietze 1944/45). Die in Scholze-Schrey-Kurz verfassten Aufzeichnungen wurden von M. von Dietze und dem ältesten Sohn Gottfried von Dietze unter Lebensgefahr „herausgeschmuggelt“. Die Aufzeichnungen von Carl Goerdeler wurden dagegen von der Gestapo zensiert.
- Konrad Meyer: Höhen und Tiefen. Handschriftliche Aufzeichnungen, abgeschlossen Anfang der 70er Jahre (Meyer um 1970).

Der Vergleich von Textstellen der beiden Dokumentationen, auch die Feststellung von Lücken in der Darstellung bei K. Meyer, war sehr aufschlussreich.

Schließlich wurde auf Aussagen in Diplomarbeiten zurückgegriffen, so z. B. die von M. Burchard, Berlin (1993), und M. Herzberg, Dortmund (1997).

3 Erster Zeitabschnitt: bis 1933

Zur Analyse der Kontinuität und der Brüche ist für diese Periode folgende Unterscheidung im Hinblick auf Träger und Einzelauffassungen zu treffen:

- Die agrarische Führungsschicht, wirtschaftlich und politisch im Reichslandbund unter der Leitung von Großgrundbesitzern organisiert, war schon vor 1914 von dem Gedanken der Schaffung einer Autarkie im Großwirtschaftsraum eines „Ostimperiums und der europäischen Hegemonie“ angetan. Diese Auffassungen wurden im Laufe der Zeit „von der NSDAP adaptiert“. H.-E. Volkmann (1989) hat eindeutig dokumentiert, dass über die Zeit hinweg „diese (...) Erkenntnis das geistige Band zwischen Reichslandbund und Nationalsozialismus innerlich stets bildete“. Er stellte auch fest, dass „deutsche Agrarwissenschaftler im Februar 1933 auf der Wissenschaftlichen Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft einen militärischen Konflikt als unausweichlich“ ansahen. Die Lektüre des Beitrags von Volkmann hinterlässt den Eindruck, dass „ein geschlossener Agrarmarkt planwirtschaftlicher Struktur gefordert wurde“, dem die Siedlungs- und Raumordnungspolitik unter- und zugeordnet wurde.
- Bei der wissenschaftlichen liberal-rationalen Agrar- und Siedlungspolitik finden wir einerseits die Agrar- und Siedlungspolitiker und andererseits die Vertreter der Landwirtschaftlichen Betriebslehre.

Die ländliche Siedlungspolitik wurde sehr stark durch Max Sering, später auch zusammen mit C. von Dietze bestimmt. Max Sering war während des 1. Weltkrieges Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Preußischen Kriegsministeriums. In dieser Eigenschaft gründete er bereits 1912 (zusammen mit dem Brandenburgischen Regierungspräsidenten Friedrich von Schwerin) die Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation. Hier lag die Betonung – und das ist wichtig für die Einschätzung der Person Max Serings – auf die „planmäßige Begründung neuer Ansiedlungen im Heimatbereich“, also ohne die Tendenz der Ausweitung des Reichgebietes. 1919 wurde das Reichssiedlungsgesetz verabschiedet und Max Sering galt als sein „Vater“.

Auch im Bereich der Stadtplanung wurde in dieser Zeit eine institutionelle Absicherung realisiert. 1922 wurde die „Freie Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung“ gegründet (v. Malchus 1996). V. von Malchus stellt fest, dass „bis Ende der 20er Jahre in Deutschland bereits über zwanzig Landesplanungsverbände bestanden, die etwa 30% der Fläche und 58% der Bevölkerung umfassten. Ihr Zusammenschluss er-

folgte 1929 unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Landesplanungsstellen“.

Die Frage der Entwicklung des deutschen agrarisch bestimmten Ostens war für die Politik des Deutschen Reiches eine Daueraufgabe, die Herausforderungen für Raumforschung und Landesplanung beinhaltete. Die großbetrieblich organisierte Agrarverfassung und die auf polnische Landarbeiter angewiesene Betriebsorganisation bestimmten das Maßnahmenbündel zur Behebung dieser Mängel. Über eine Million Landarbeiter auf „Junkernbetrieben“ aus Polen, die sog. „Landflucht“ – verursacht durch die genannte großbetriebliche Struktur –, die Überschuldung des Grundeigentums sowie Überlegungen der Entschuldung (Kabinett Brüning) waren alles Aufgabenbereiche der Forschungen und Tagungen des Vereins für Socialpolitik.

In den 30er Jahren verstärkte sich dieser Druck zur „Inneren Kolonisation“ durch die hohe Zahl der Arbeitslosen; die Innere Kolonisation sollte mit der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft eine „Reagrarisierung“ einleiten. Hinzu kam allerdings eine „sensationelle Korrektur der gängigen Siedlungsideologie“. In einem umfangreichen Kartenwerk belegten Stremme und Ostendorf (erst 1937 veröffentlicht), dass die bäuerliche Siedlungskapazität bei der Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe im Deutschen Reich unterhalb der bodenmäßigen Existenzsicherung lag – also selbst Gegenstand einer planmäßigen Siedlungspolitik sein musste.

In dieser Situation sollten neu geschaffene Institutionen, geleitet durch hochqualifizierte Persönlichkeiten, Konzeptionen entwickeln und die Praktikabilität der Maßnahmen absichern. Die zentrale Persönlichkeit, die „geistige Kraft für das Agrar- und Siedlungswesen“, war in dieser Zeitspanne Max Sering. Er schuf 1921 das (Deutsche) Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen mit Abteilungen in allen Teilen des Reiches (von Dietze 1957), was man heute als Netzwerk bezeichnen würde. Max Sering und seine Mitarbeiter haben mit Erfolg die generellen und regionalen Planungsaufgaben der sog. Klassischen Siedlung wissenschaftlich erklärt. Nach H. Haushofer (1958) war Max Sering hier ein „maßvoller wissenschaftlicher Beobachter“.

Zeitlich der Institutsgründung vorausgegangen waren die Verabschiedung der Weimarer Verfassung, die Auflösung der Fideikomisse und die Annahme des Reichsheimstättengesetzes 1920. Das von Sering neu geschaffene Institut befasste sich vornehmlich mit der Vererbung des ländlichen Grundeigentums, deren Koordination Sering oblag. Der Deutsche Reichstag richtete dann 1930 einen Enquête-Ausschuss ein. Für die Planungsaufgaben in Bezug auf Fragen der ländlichen Siedlung zeichnete Max Sering mit 35 Mitarbeitern und -verfassern verantwortlich. Diese umfassenden Untersuchungs- und Planungsarbeiten in der Vor-NS-Zeit und ihre Bedeutung für die Raumordnung und Raumforschung werden nicht immer voll gewürdigt.

In den dreißiger Jahren fand eine Vielzahl nationaler und internationaler Kongresse statt, initiiert aufgrund der prekären ökonomischen Lage der Landwirtschaft. An der Vorbereitung dieser Tagungen war das Sering-Institut maßgebend beteiligt; es präsentierte wesentliche Teile zu Fragen der Strukturentwicklung für Raumordnung und -forschung (siehe: Agrarkonferenz der Friedrich-List-Gesellschaft in Bad Oeynhausen 1933; Forderung von M. Sering nach „Innerer Kolonisation im Geiste Friedrichs des Großen; Bewältigung der o. g. Ostprobleme des Reiches mit Pioniergeist und kolonialisatorischer Haltung“ etc.).

In der Tat wurden in der Periode 1919 bis 1932 Planungsgrundlagen für die Siedlung unter schwierigen Bedingungen erarbeitet und umgesetzt: 57.457 Siedlerstellen auf 602.110 ha! Ob bewusst oder nicht, verabschiedete die NS-Regierung in einem schein-

baren Zusammenhang am 14. Juli 1933 und im Jahr 1935 Folgegesetze; sie bezeichnete sie allerdings anders, nämlich entsprechend der NS-Ideologie mit „Neubildung deutschen Bauerntums“. Eine bemerkenswerte Änderung: In den früheren Siedlungen wurden die Betriebsgrößen von 10,5 ha auf 16,1 ha aufgestockt. Die Zahl der jährlich neu geschaffenen landwirtschaftlichen Betriebe blieb von 1933 bis 1938 jedoch gleich hoch, so wie in der vorausgegangenen Periode.

Noch eine weitere wissenschaftliche Diskussion in dieser Periode mit der Ausrichtung auf Raumforschung und -ordnung ist zu nennen: Die unterschiedliche gesellschaftliche und politische Einschätzung sowie Bewertung des bäuerlichen Familienbetriebes bei der Planungs- und Siedlungsorientierung. Krzymowski (1919) lehnte bereits 1919 die ausschließlich liberal-rationalistische Ausrichtung der Landwirtschaft ab und betonte ihre Sonderstellung als eine organische Erscheinungsform. Er trifft damit auf die Gegenposition, dass Bauernhöfe kapitalistische Unternehmungen sind (v. Fraundorfer 1927; Diener 1931; Laur 1919). In diesen Denkansätzen wird nach den wirtschaftswissenschaftlichen Faktoren und ihren Einsätzen gefragt, die das Individualeinkommen bestimmen – im Geiste von Thaer und von Thünen, weiterentwickelt von Theodor Brinkmann, Bonn (Brinkmann 1922).

Die 1922 von Theodor Brinkmann vorgelegte Publikation „Die Ökonomik des landwirtschaftlichen Betriebes“ (sie wurde in sechs Sprachen übersetzt!) war ein Paradebeispiel logisch-deduktiver Wissenschaft einer liberal-kapitalistischen landwirtschaftlichen Betriebslehre. Sie bezog die internen und externen Bestimmungsfaktoren der mannigfaltigen Erscheinungsformen landwirtschaftlicher Betriebe an unterschiedlichen Standorten in das Erklärungsmodell ein. Mit anderen Worten: Die Landwirtschaft wurde ein Teil der Gesamtwirtschaft und beeinflusste damit auch die regionale Entwicklung, die ihrerseits den Anpassungsprozess der landwirtschaftlichen Unternehmen beeinflusste. Das war eine neue Sicht, die systematisiert wurde und damit die landwirtschaftliche Standortlehre als eine der Planungsgrundlagen verwendete; in heutiger Formulierung: Für die Verbesserung der betrieblichen Organisation und der Agrarstruktur!

Kommen wir auf die vorher bereits genannte Dualität der Bewertung der Landwirtschaft – organisch-biologisch versus kapitalistisch – zurück. Richard Walter Darré (1929) hatte in seiner Publikation 1929 „Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse“ bereits die Sonderstellung der Landwirtschaft und des Landvolks gegenüber anderen Gewerbereichen betont. Sie blieb im Hinblick auf die „nordische Rasse“ nicht unwidersprochen. F. Merckenschlager (1934) betonte als Agrikulturbotaniker zwar auch „Blut und Rasse“, aber er lehnte die einseitige Betonung der Nordischen Rasse der Viehzüchter (von W. Darré) ab und führte dafür die im Süden sesshaften Pfahlbauern und Pflanzenzüchter als Gegengewicht ein. Für die Siedlungspolitik bedeutete die Ideologie von W. Darré, dass große Teile der bäuerlichen Bevölkerung mit Ackerbau im Süden des Landes ausgegliedert worden wären. H. Haushofer (1958) interpretierte die beiden unterschiedlichen naturwissenschaftlichen Herkunftsbestimmungen auf politisch gegensätzliche Gestaltungen: Das „Führerprinzip“ des Nordens gegenüber dem demokratischen Entscheidungsprozess des Südens. Darré löste den Disput auf seine brutale Weise: 1933 wurde F. Merckenschlager als Berufsbeamter aus der Forschung entfernt und dann 1937 in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen. Damit war der Weg für die Orientierung an der „Nordischen Rasse“, an „Blut und Boden“ und den Nürnberger Gesetzen frei. Das galt in dieser Breite für die Siedlungsplanung bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Darré durch H. Backe während des 2. Weltkrieges abgelöst wurde.

Wir können für den Zeitraum des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts feststellen: Obwohl es die Begriffe Raumordnung, Raumforschung, Landesplanung und Regionalpoli-

tik explizit (noch) nicht gab, haben sich im Zusammenhang mit den strukturellen Problemen der Landwirtschaft und des Landes wissenschaftliche und administrative Institutionen mit starken Führungspersönlichkeiten herausgebildet: Ein durchaus positives Bild leistungsfähiger Institutionen und Institute, ein zahlenmäßig relativ großer Kreis von Personen und einigen wichtigen Forschungspersönlichkeiten mit einer Ausstrahlungskraft bzgl. der praktischen Umsetzung der Änderungsvorschläge. So sind zu nennen:

- das „Archiv für Exakte Wirtschaftsforschung“,
- das Thünen-Archiv, in dem Wissenschaft, Verwaltung und Praxis seit 1912 erfolgreich zusammenarbeiteten;
- die Friedrich-List-Gesellschaft mit ihrer Agrarkonferenz in Bad Oeynhausen 1933 sowie mit der Analyse der internen Wanderungsbewegungen im Rahmen dieser Gesellschaft,
- die Akademie der Preußischen Wissenschaften,
- der Verein für Socialpolitik,
- die Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation,
- das Deutsche Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen 1921 mit der bewussten Dezentralisierung der Forschungsarbeiten im Verbund von Universitätsinstituten.

In fast allen diesen Institutionen und ihren Aufgabenbereichen war Max Sering durch die ihm zugewachsene Hochachtung vor seiner wissenschaftlichen Kompetenz und seiner persönlichen Integrität die Zentralfigur.

4 Zweiter Zeitabschnitt: die NS-Zeit 1933 bis 1945

4.1 Konrad Meyer – Berufung zur Raumordnung aus seiner Sicht

Konrad Meyer berichtet in seinen Lebenserinnerungen „Höher und Tiefen“ (Anfang der 70er Jahre): „Es fiel ihm eine neue organisatorische Aufgabe zu, die Leitung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung.“ „Damals ahnte ich noch nicht, dass mir die Raumforschung einmal zur wissenschaftlichen Lebensaufgabe werden sollte“ (K. Meyer im Originaltext seiner handschriftlichen Aufzeichnungen).

Seine wissenschaftliche Qualifikation ist leicht zu beschreiben: Er studierte, promovierte und habilitierte in Göttingen im Fach Pflanzenbau und -züchtung. Ein Ruf nach Jena erfolgte im Jahre 1934 fachbezogen auf einen Lehrstuhl für Acker- und Pflanzenbau. Im Herbst 1933 wurde er Mitarbeiter im Preußischen Kultusministerium in Berlin (Referat Allgemeine Biologie, Landbau-, Forst- und Veterinärwissenschaft) und bestimmte daher die Berufungen auf die entsprechenden Lehrstühle. In Berlin wurde der Lehrstuhl für Bienenkunde durch K. Meyer in ein neues Ordinariat für „Ackerbau und Landbaupolitik“ umgewandelt, das er kraft seines Amtes selbst einnahm. Der „Autodidakt“ (M. Burchard) wurde vom Pflanzenzüchter zum Agrar- und Planungsökonom (Burchard 1993) und wandelte zugleich die Institutsbezeichnung „Acker- und Landbaupolitik“ in „Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik“ um. Damit war der Weg für die Erarbeitung von Planungsgrundlagen für den Generalplan Ost geebnet. K. Meyer hat sich stets zuerst als Hochschullehrer verstanden; alle übrigen Positionen waren finanziell nicht honorierte Nebentätigkeiten – so K. Meyer in seinen „Lebenserinnerungen“.

Er schildert uns seinen Arbeitstag: 6 bis 7 Uhr Ausritt in den Grunewald; 8 Uhr schnell eingenommenes Frühstück; 8 bis 9 Uhr Vorlesung; bis Mittag Arbeit im Ministerium oder/und in der Arbeitsgemeinschaft und Forschungsdienst; nachmittags Institut. Seine Randbemerkung: Keine Zeit für Urlaub!

Einige Zitate aus den „Lebenserinnerungen“ sollen seine wissenschaftlichen Grundsätze aus der NS-Zeit, wie er sie 1970 formulierte, verdeutlichen, soweit sie eine Relevanz zu Raumordnung und Raumforschung haben: „Wir brauchen eine Synthese der Werte des Individuums mit dem Sozialen und Ethischen (...) eine raumrichtige Markt- und Preispolitik (...) (nach Einführung der Vierjahrespläne) (...) es wurde immer schwieriger, das von mir (K.M.) vertretene Prinzip der Eigenverantwortung und Selbstführung der Wissenschaft durchzusetzen (...) Wissenschaft ist von mir (K.M.) nie als theoretische Spielerei und intellektuelle Verstandesakrobatik aufgefasst worden, sondern als wichtiges Mittel, Handhaben für das Leben und für praktisches Handeln zu liefern (...) (im Hinblick auf ein Gespräch mit H. Himmler, manchmal in der Nacht bei einem Glas Rotwein!). Ich fand bei ihm auch volles Verständnis vom Wesen der Planung, die mehr sein als scheinen und im Grunde nicht befehlen, sondern überzeugen soll, und bei der es nicht so sehr auf Macht wie auf Autorität ankommt; ich hatte nicht den Ehrgeiz, Ministerialbeamter zu werden und meine Freiheit als Hochschullehrer einzutauschen (...) durch Besuche in Thüringen kam mir damals zum ersten Mal der Gedanke der Raumforschung und -entwicklung, einer sozialen Planungswissenschaft. In den Bereichen der Wissenschaft soll man überhaupt nicht befehlen, sondern nur behutsam führen und durch bessere Einsicht überzeugen.“ Soweit Originalton K. Meyer aus den 60er/70er Jahren zu seinem Wirken 1933 – 1945.

Entscheidend für die Planung der agrarischen Siedlungen war der Satz: „ (...) die ganze Enge unserer überkommenen Wissenschaft Landwirtschaft, die von A. Thaer als ‚reine Gewerbelehre des landwirtschaftlichen Betriebes‘ begründet wurde und Formen des Landbaus zum Volksgedeihen und Staat völlig unberücksichtigt ließ, zu überwinden.“

Es fragt sich, was K. Meyer aus seiner Feststellung, dass „Wissenschaft (...) als wichtiges Mittel für praktisches Handeln zu liefern“ anzusehen ist und dass „Wissenschaft nicht nur Zeuge, sondern Mitgestalter am großen Geschehen der Zeit ist“, gemacht hat. Er war ein „damals anerkannter Wissenschaftler“, vor allem „wegen seiner ausgeprägten Fähigkeiten als moderner Wissenschaftsmanager“ (Kegler, Stiller 2008). Außerdem war er NSDAP- und SS-Mitglied in führender Position, was sich bereits in Göttingen bei der „Entjudung“ (siehe 4.2.1) bewährt hatte.

In der DFG-Untersuchung (2006) wird K. Meyer als „Schlüsselfigur der deutschen Ostraum- und Germanisierungsplanungen“ ausgewiesen, der „rassistische Auslese und ländliche Siedlung“ miteinander verband, mit anderen Worten: Blut und Boden, Überlegenheit der nordischen Rasse, Planung auf der Grundlage der Nürnberger Gesetze. Dabei spielten die Begriffe der „Umvolkungspolitik“ und der „Aufartung“ eine zentrale Rolle: Für K. Meyer bestand die „Gefahr fremdvölkischer Unterwanderung, der mit der zahlenmäßigen Überlegenheit besseren Blutes“ begegnet werden sollte.

In den „Lebenserinnerungen“ von K. Meyer fehlen solche Hinweise, wie sie von ihm in „Raumforschung und Raumordnung“, „Neues Bauerntum“ und im „Forschungsdienst“ etc. in den 1930er Jahren an gemacht wurden.

4.2 Konrad Meyers Göttinger und Berliner Zeit

4.2.1 Hochschullaufbahn und politischer Auftrag

K. Meyer hat selbst festgestellt, dass die Periode der Ausbildung und der universitären Tätigkeit in Göttingen für sein weiteres Wirken prägend waren. Für den jungen Wissenschaftler, der Karriere machen wollte und der Anhänger des Nationalsozialismus war, bot sich in Göttingen eine gute Möglichkeit, sich den neuen Machthabern „positiv“ zu präsentieren. Dazu schien die Politik der „Säuberungen“ und der Judenboykott geeignet. An der „Entjudung“ der Göttinger Universität war K. Meyer stark beteiligt. Über den Fall James Franck, Nobelpreisträger für Physik, hat Heinrich Becker (1998) ausführlich berichtet. Das zweite NS-politische Betätigungsfeld war die Reform des landwirtschaftlichen Studiums. Durch die „Erfolge“ in beiden Gebieten war das Preußische Kultusministerium auf K. Meyer aufmerksam geworden. Er erhielt Ende 1933 dort eine Tätigkeit, mit der er Einfluss auf Struktur und Besetzung von Lehrstühlen hatte. Die gleiche Funktion bekleidete er mit seiner Berufung nach Jena für das Reichsministerium in Berlin.

Göttingen war als Standort für K. Meyer außerordentlich prägend: „Als größter Gewinn aus diesen Göttinger Jahren wurde ein fester geistiger Standort und ein innerer Kompass gewonnen – die große Richtung für das Leben!“ (Meyer um 1970). In Göttingen wurde damit die Grundlage für das Machtgebilde des „wissenschaftlichen Multifunktionärs“ mit politischem Anspruch und beruflicher Absicherung geschaffen (Abb. 2).

Abb. 2: Konrad Meyer – der wissenschaftliche Multifunktionär



RKF = Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
 RMO = Reichsminister für die besetzten Ostgebiete
 RFR = Reichsforschungsrat
 REM = Reichserziehungsministerium

Quelle: nach DFG 2006: 16

4.2.2 Der Weg von Göttingen über Jena nach Berlin

Der Lehrstuhl in Jena mit dem Aufgabengebiet Acker- und Pflanzenbau, verbunden mit einer physisch anstrengenden Pendlerbeanspruchung nach Berlin (zum Ministerium), führten schon bald zu Überlegungen, eine Hochschultätigkeit in Berlin aufzunehmen. K. Meyer hatte alle Möglichkeiten, dies selbst vom Ministerium aus in die Hand zu nehmen; d. h. bereits im Herbst 1934 erfolgte die Berufung auf den Lehrstuhl der Friedrich-Wilhelms-Universität. Hier beginnt dann auch die Tätigkeit in der Raumordnung: 1935 Obmann und Herausgeber des „Forschungsdienstes der Reichsarbeitsgemeinschaft der Landbauwissenschaften“; 1936 bis 1939 Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung; 1937 bis 1939 Herausgeber der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“, 1938 bis 1945 der Zeitschrift „Neues Bauertum“; 1939 bis 1945 Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Entscheidend war die Berufung K. Meyers durch den Reichsführer SS Heinrich Himmler im Oktober 1939 zum „Chef-Umsiedlungsplaner“; er leitete die Hauptabteilung „Planung und Boden“ des Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstums und war nach 1942 in Personalunion Leiter des Siedlungsausschusses für die besetzten Ostgebiete (Becker 1998). Das Bodenamt hatte unabhängige Befehlsgewalt durch die SS und konnte jederzeit Boden enteignen. A. Kübler (2007) berichtet, dass „im Frühjahr 1940 im polnischen Bezirk Kattowitz 40 km² Gelände für die Errichtung des Konzentrationslagers Auschwitz beschlagnahmt wurden“. I. Heinemann (2005) hat eine sehr intensive Analyse eines Vortrages von Konrad Meyer vorgenommen, den er im Januar 1942 vor Mitgliedern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hielt. Diese Ausführungen belegen die Auffassung Konrad Meyers, zu einer angestrebten „völkischen Neuordnung“ zu kommen. Nach I. Heinemann (2005) war K. Meyer in der Münchener Studentenzeitung „Die Bewegung“ deutlicher geworden. Sie zitiert ihn wie folgt: „Wir müssen uns heute darüber im Klaren sein, dass der Osten erst in dem Augenblick wirklich für alle Zeiten deutsch bleiben wird, in dem aus dem geschlossenen deutschen Siedlungsraum alles fremde Blut restlos entfernt ist.“

Es wird immer wieder die Frage gestellt, inwieweit K. Meyer von den schrecklichen Taten des NS-Regimes gewusst, sie geplant hat und an der Ausführung beteiligt war. A. Kübler (2007) berichtet – unter Rückgriff auf M. Herzberg (1997) – darüber wie folgt: „Als erste Realisierungsphase des Generalplan Ost vertrieb die SS von November 1942 bis Sommer 1943 etwa 50.000 Menschen aus der Region um die polnische Stadt Zamosc; die jüdische Bevölkerung wurde deportiert, tausende kamen ums Leben. K. Meyer war bei dieser ‚Realisierungsphase‘ nicht nur Ideengeber und Koordinator, sondern überwachte ‚die Umvolkungspläne‘ auch vor Ort.“ In K. Meyers Lebensbericht „Höhen und Tiefen“ (1970) findet sich kein Hinweis auf diese o. g. Tatsachen. Im Gegenteil, dort heißt es beschönigend: „(...) ich sah Ghettos und Arbeitslager mit jüdischer Belegschaft, die Uniformen nähten und andere nützliche Arbeiten verrichteten. Der Eröffnung, dass diese Juden planmäßig liquidiert werden sollten, hätte ich damals wie die meisten SS-Führer als üble Feindpropaganda abgetan.“

In seinem „Lebensbericht“ findet sich auch kein Hinweis auf Max Sering und Constantin von Dietze. Diese „Leerstellen“ können durch die Aufzeichnungen „Erinnerungen“ (1944/1945) von C. von Dietze geschlossen werden. Es ist dadurch eindeutig belegt, dass K. Meyer später mit seinem „Forschungsdienst“ (1935) und durch die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (1936) die Arbeiten des Deutschen Instituts für Agrar- und Siedlungswesen für überflüssig und nicht mehr zeitgemäß ansah.

Im gleichen Zeitraum baute K. Meyer jedoch Schritt für Schritt mit seiner Hochschultätigkeit durch jeweilige Umbenennungen der von ihm geleiteten Institute – von Jena

bis Berlin – den Arbeitsbereich um, bis in Berlin die Institutsbezeichnung Agrarwesen und Agrarpolitik gefunden wurde.

Am 30. Januar 1933 hatte die NSDAP die politische Macht in Deutschland übernommen. In seiner „Ideengeschichte“ (1957) ist H. Haushofer der Frage nachgegangen, welchen Teil „seiner Verantwortung und seiner Machtfülle der Diktator an andere Menschen und damit Träger“ delegieren wollte. Hitler war nicht direkt an der Landwirtschaft und ihrer Planung interessiert. Außerdem hatte bis Mitte 1933 der Deutschnationale Hugenberg die Verantwortung für die Leitung des zuständigen Ministeriums. Sie ging dann für ein Jahrzehnt (bis 1942) an den NS-Mann Darré. Seine Konzeption sah sich mit den historisch gewachsenen Strukturen (wie oben beschrieben) konfrontiert. Damit ergaben sich zwei Aufgabenbereiche:

- Aufbau eigenständiger NS-Strukturen im Bereich der Agrar- und Landschaftsplanung,
- Auseinandersetzung mit den Institutionen und zugehörigen Persönlichkeiten der vergangenen Periode.

Im letzteren Fall ergaben sich drei Möglichkeiten:

- Übernahme der Institutionen in das NS-System und Neuzuweisung von Funktionen,
- Umgestaltung der historisch überkommenen Institutionen und Anpassung an die neuen NS-Ziele,
- Auflösung, bzw. Schließung der Institute und damit politische Kaltstellung ihrer Leiter.

Je nach den eingeschlagenen Wegen können inhaltliche und personelle Kontinuitäten und Brüche für Raumordnung und -forschung in der Folgezeit festgestellt werden.

4.2.3 Schließung des „Sering-Instituts“

Die dominierende Persönlichkeit von Max Sering und die Einflussnahme des Instituts mit seinen objektiv abgestützten Empfehlungen für die praktische Strukturpolitik waren schon nach kurzer Zeit für die Nationalsozialisten unakzeptabel. Max Sering hatte das Reichserbhofgesetz in Teilen einer scharfen Kritik unterzogen (Einschränkung der Freiheit des Eigentümers, ideologische Bindung an die Rasse, Bauerntum als Blutsquell der Nation etc.). Seine Denkschrift von 1934 als Leiter des Deutschen Instituts für Agrar- und Siedlungswesen, die einem größeren Kreis von Experten vertraulich zugeleitet wurde, lieferte die Begründung, die Schließung des Instituts systematisch zu betreiben.

Aus den handschriftlichen Aufzeichnungen, die von C. von Dietze angefertigt wurden, wissen wir, wie der Prozess ablief: Auf der Internationalen Konferenz der Agrarökonomen in Bad Eilsen (1934) vertrat Konrad Meyer den Agrar- und Kultusminister. Am Rande vermerkte er wie beiläufig gegenüber von Dietze, man müsse die Nachfolge Serings in der Institutsleitung klären. Dietze meldete sich daraufhin zu einem Gespräch im zuständigen Ministerium an, beim zuständigen Referenten Konrad Meyer. Eine Randnotiz: C. von Dietze hatte eine bisher unübliche, relativ lange Wartezeit auf dem Flur gegenüber Meyer zu Beginn des Gesprächs vermerkt, „ohne Wirkung“ bei ihm. C. von Dietze notiert weiter: Meyer habe sich „wohlwollend und freundlich“ darüber geäußert, dass Max Sering nicht mehr die Leitung des Instituts behalten wolle. Von Dietze konnte berichten, dass Sering zum Rücktritt bereit sei, jedoch von der Nachfolge durch ihn, von Dietze, ausgehe. Auch hier sagte Meyer befürwortende Prüfung zu. In der Folgezeit änderte sich der Umgangston und endete mit einem offiziellen Brief des

Ministeriums im November 1934, in dem die Auflösung des Instituts verfügt wurde mit der Begründung, Max Sering und sein Umkreis seien als staatsfeindlich einzuordnen.

Um die internationalen Kontakte weiterhin pflegen zu können, haben Sering und von Dietze dann die „Forschungsstelle der Internationalen Konferenz der Agrarwissenschaftler“ gegründet, die in bescheidenem Umfang durch Spendengelder wissenschaftlich tätig werden konnte. Sie bestand in Berlin bis zum Tode von M. Sering (1939), später in Freiburg – auch noch nach 1945 – verbunden mit dem Lehrstuhl C. von Dietzes. Um auch die personelle Struktur, die durch das Sering-Institut in Berlin entstanden war, zu zerstören, wurde dem als Nachfolger vom M. Sering berufenen von Dietze der Verbleib in Berlin praktisch unmöglich gemacht. Der vaterländisch eng gebundene Sering wurde politisch heftig diffamiert. C. von Dietze schreibt: „Sering trug die Vorwürfe mit Würde und Festigkeit (...) am meisten empörte ihn, dass das Andenken seiner Mutter beschmutzt wurde, an der er mit großer Liebe und Verehrung hing (jüdische Herkunft seiner Mutter).“ Demgegenüber die NS-Organen: Sering sei wegen dieser Abstammung mit Hass gegen alle wahrhaften deutschen Gedanken erfüllt. Dabei hatte Sering im Ersten Weltkrieg seinen einzigen Sohn verloren.

Die Ausführungen mögen etwas umfassend ausgefallen sein; sie zeigen jedoch, wie verdienstvolle institutionelle und personelle Strukturen aus der Zeit vor 1933 rücksichtslos zerstört wurden, und dies mit der schamlosen Diffamierung hoch verdienter Persönlichkeiten durch NS-Funktionäre, die nach 1945 in Raumforschung und Landesplanung wiederum eine dominierende Rolle beanspruchten.

4.2.4 Das Schicksal des Vereins für Socialpolitik

Die zentrale Persönlichkeit von Max Sering und die dominierende Stellung der Forschungen seines Instituts ließen keine Alternative zu der systematischen Zerstörung dieser Einrichtung mit seinem Netzwerk zu. Beim Verein für Socialpolitik (VfS) war die Ausgangslage eine andere: Bei der relativ hohen Zahl seiner Mitglieder bot sich für die NS-Hierarchie eine reale Chance der inhaltlichen Umorientierung und der politischen Instrumentalisierung. Diese Aufgabe übernahm Heinrich Hunke, der uns als ARL-Vizepräsident und Wissenschaftlicher Sekretär in Hannover nach dem 2. Weltkrieg wieder begegnet. Hunke war Gymnasiallehrer für Mathematik in Berlin, avancierte dann 1933/34 zum NS-Gauwirtschaftsberater für Berlin. Von Dietze erinnert sich: Im Herbst 1934 sollte F. von Gottl-Ottlilienfeld ihn gewinnen, die Berufung Hunkes auf ein Ordinariat der Berliner Fakultät zu betreiben. Doch: Von Dietze „lehnte nach fast zwei Stunden starken Drängens ab“. Es müssten andere die Verantwortung übernehmen, wenn sie „aus der Universität eine Parteischule machen wollten.“

Zurück zum Verein für Socialpolitik: Er wurde 1872 zur Untersuchung und Klärung sozialpolitischer Probleme gegründet. Gegenstand war (auch) die wissenschaftliche Erörterung aktueller Fragen, die später im Zusammenhang mit dem Sering-Institut (1921) aufgegriffen wurden. So gesehen war es eine andere Ebene der Auseinandersetzung zwischen Hunke und von Dietze, der in dieser Zeit den Vorsitz des Vorstandes des Vereins für Socialpolitik innehatte. Hunke wollte die Spitze des altherwürdigen VfS auswechseln und verlangte „sehr scharf und grob“, den parteihörigen Karl Bräuer einzusetzen. Der trat zwar gegenüber von Dietze zögerlich und scheinbar wenig erfreut auf. Er konnte sich jedoch nicht Hunkes Aufforderung entziehen, zudem der VfS bereits vom Kultusministerium kontrolliert wurde. Daraufhin entwickelte von Dietze eine Vorwärtsstrategie: Im April 1936 berief er den Vorstand ein. Da der Verein für Socialpolitik „nicht in Würde zu halten war“, erfolgte im Dezember 1936 – mit Unterstützung von

Sering – auf einer Generalversammlung die definitive Auflösung. Hunke hatte sein Ziel nicht erreicht!

Es gibt noch eine bezeichnende Bemerkung über Hunke durch von Dietze aus dem Jahre 1936: Hunke sprach 1936 vor den „Freunden der Deutschen Akademie“. Die Würdigung von Dietzes erfolgte mit dem Satz: „Ich hatte (nach Hunkes Vortrag) nicht das Gefühl, die Berliner Universität durch mein früheres Verhalten geschädigt zu haben.“

4.2.5 Meyers Griff nach Serings internationaler Position

Im Jahre 1929 wurde die Internationale Konferenz der Agrarökonomen (ICAE) durch den britischen Landedelmann L. K. Elmhirst gegründet; Gründungsort war sein Gut Dartington Hall/Devonshire.

Max Rolfes war von Anfang an sehr aktiv in dieser Institution tätig. Max Sering wurde zwei Jahre später in Ithaca, USA, wegen seiner hohen internationalen Anerkennung zum Vize-Präsidenten gewählt. Dann folgte 1934 die schon genannte Konferenz in Bad Eilsen. Konrad Meyer vertrat das Kultus- und Agrarministerium. Ansonsten war mit dem Reichsbankpräsidenten H. Schacht u. a. das konservative Bild deutscher Agrar- und Siedlungspolitik unverändert sichtbar – in den damals stürmischen Zeiten der tiefgreifenden Weltwirtschaftskrise. Die schrittweise vorgesehene Einflussnahme der NS-Größen – Konrad Meyer an der Spitze – war Ziel der nächsten Konferenzen.

Sering war zwar in Berlin beruflich und menschlich ausgeschaltet, aber er behielt seine internationale Position als Vize-Präsident der ICAE. Auch in dieser Funktion galt es, ihn auszuschalten und abzulösen. Der Betriebswirt E. Lang aus Königsberg, Schüler von Theodor Brinkmann, Bonn, und früherer Mitarbeiter im Sering-Institut sollte Sering von seiner Reise zur ICAE in St. Andrews, Schottland, abraten. Von ihm hätte man sich eigentlich mehr „Robustheit gegenüber dem amtlichen Druck 1936 gewünscht“ (v. Dietze 1944/45). Sering fuhr – wie auch von Dietze – nach St. Andrews; er wollte dort als Vize-Präsident zurücktreten und von Dietze den Platz einräumen. Das Kultusministerium wollte das verhindern. Gegen alle früheren Regelungen ernannte es E. Lang zum Sprecher der deutschen Teilnehmer. Sering blieb auch nach St. Andrews Vize-Präsident. Seine Ablösung war nun für 1938 in Quebec, Kanada, vorgesehen; Konrad Meyer wollte Serings Position einnehmen. Inzwischen gehörte er bereits zum Council, der den Vorstand der ICAE wählte. Zwischen den Konferenzen trat Sering zurück. Er fuhr nicht nach Kanada.

In der Publikation von I. Stoehr (2002) finden wir folgende Information im Zusammenhang mit der Kanada-Konferenz: Max Sering und Constantin von Dietze hatten der Übergabe der Leitung der „deutschen Gruppe“ an Meyer zugestimmt, nachdem dieser „den ungestörten Fortbestand der Forschungsstelle zugesichert hatte“. Die Leitung der „Forschungsstelle“ wurde ihm nachdrücklich nicht übertragen.

Konrad Meyer trat siegessicher im Hinblick auf die neue Position die Reise nach Kanada an. Von meinem Lehrer Heinrich Niehaus, Bonn, weiß ich, dass Konrad Meyer seine schwarze SS-Uniform im Koffer hatte, um sie nach seiner Wahl anzuziehen. Jedoch kam es anders als die NS-Größen sich das gedacht hatten: Im Council teilte Elmhirst den Teilnehmern mit, Sering habe seine Position als Vize-Präsident zur Verfügung gestellt. „Ich sehe in dieser Runde keinen Würdigen, der ihm nachfolgen könnte und daher werde ich selbst diese Funktion vorerst übernehmen“, so L. K. Elmhirst. Damit war die politische Diskriminierung der deutschen Gruppe verhindert worden.

Die persönlichen Ambitionen Konrad Meyers auf die Position von Max Sering in Kanada wird dokumentarisch belegt: In St. Andrews 1936 wurde Präsident Elmhirst von den beiden Vizepräsidenten Warren und Sering auf dem Gruppenfoto eingerahmt. 1938 fehlte Sering in Kanada. Auf dem Gruppenfoto nahm Konrad Meyer wie selbstverständlich Serings Platz ein (Abb. 3 und 4).

Abb. 3 und 4: Der Griff Konrad Meyers auf die Nachfolge Max Serings auf der Internationalen Konferenz für Agrarökonomien (ICAE)



L. K. Elmhirst Max Sering

Foto: ICAE-Konferenz in St. Andrews/Schottland 1936



K. Meyer L. K. Elmhirst

Foto: ICAE-Konferenz im MacDonal College Quebec/Kanada 1938

K. Meyer präsentierte als Berliner Universitätsprofessor einen Diskussionsbeitrag von knapp 13 Seiten (eigentlich zum Paper von M.L. Wilson, USA, gedacht: The Social Implications of Economic Progress in Present-Day-Agriculture). Konrad Meyer wollte – ohne Themenbezug – die Gelegenheit nutzen, um eine „Leistungsschau“ der knapp fünf Jahre NS-Agrarpolitik international vorzustellen; so z. B. das Reichserbhofgesetz, den Reichsnährstand, die Arbeitsfront, „Kraft durch Freude“, den Forschungsdienst, die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung etc. Es ist nicht aus den Unterlagen ersichtlich, wie das Auditorium auf Meyers Ausführungen reagierte. Auf internationaler Ebene war in der ICAE – nach der o. g. Erklärung von L. K. Elmhirst – damit der „Braune Spuk“ zu Ende. Diese großartige Reaktion von Elmhirst in Kanada hatte zur positiven Folge, dass die deutschen Wirtschaftswissenschaftler ohne zeitlichen Bruch unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg als individuelle Mitglieder wieder zu dieser internationalen Community gehörten.

4.3 Der Ausbau der NS-eigenen Forschungs- und Planungsstruktur

Vor dem Hintergrund der zielgerichteten Zerstörung des Sering-Instituts (K. Meyer), des Vereins für Socialpolitik (H. Hunke) und der versuchten schrittweisen Einflussnahme auf die Internationale Konferenz der Agrarökonomen (K. Meyer) wurde seit Anfang der dreißiger Jahre ein umfassender Aufbau des NS-eigenen Systems der Raumforschung und -planung realisiert. Auch hier ist zuerst einmal die zentrale Frage nach der bestimmenden Persönlichkeit zu stellen: Das war Konrad Meyer! Die beste Charakterisierung von Konrad Meyer findet sich im DFG-Katalog Generalplan Ost (DFG 2006): „Der wissenschaftliche Multifunktionär. Der Berliner Agrarwissenschaftler K.M. war die Schlüsselfigur der deutschen Ostraum- und Germanisierungsplanungen. Bereits in den dreißiger Jahren hatte er sich durch die Kombination von wissenschaftlicher Expertise, wissenschaftspolitischen Ambitionen und einem herausragenden Organisationsgeschick ausgezeichnet. So gelang es ihm bis 1939 eine beträchtliche Machtposition in der deutschen Forschungslandschaft zu errichten.“ Der genannte Katalog der DFG enthält auch eine Graphik, in der die Person von Konrad Meyer mit acht Aufgabenbereichen, für die er verantwortlich war, umkreist wurde (Abb. 1). Bereits 1934 waren sieben Reichsarbeitsgemeinschaften für die wichtigsten Disziplinen gebildet worden, zusammengefasst im „Forschungsdienst“, der 1935 staatlich anerkannt wurde. Obmann war K. Meyer. In der Folge wurden (nach Haushofer 1958: 234) bis 1938 ca. 180 Arbeitsgemeinschaften für spezifische Aufgaben gebildet. Es handelte sich hier um eine umfassende Organisation der deutschen Landbauwissenschaften. H. Haushofer sagt: „Eine wertende Übersicht über die im Forschungsdienst mitarbeitenden Wissenschaftler ergibt, dass es gelang, die wesentlichen Vertreter der deutschen Landwirtschaftswissenschaften zu gewinnen.“ Da es sich um technisch-naturwissenschaftliche Aufgabenstellungen handelte, änderte sich in der Mehrzahl der Arbeitsgemeinschaften nicht die inhaltliche Zweckbestimmung. Anders lagen die Akzente bei „Agrarpolitik und Betriebslehre“. Zur Kennzeichnung zieht H. Haushofer einen Bericht von W. Wilmanns heran: „Eine Umorientierung vom bisherigen liberalen Vorbild mit der Vormachtstellung des Wirtschaftlichen vor dem Politischen, zum politisch bestimmten Vorbild der nationalsozialistischen Agrarpolitik (...); unsere Forschung nimmt ihren Anfang beim bäuerlichen Leben selbst (...) im gesamtvölkischen Leben.“

Eine eingehendere Darstellung scheint unter Hinweis auf den DFG-Katalog (2006) und die Publikation von Isabel Heinemann an dieser Stelle nicht erforderlich. Bei I. Heinemann findet sich auch eine vergleichsweise präzise Bestimmung des Planungs- und Wissenschaftsbegriffs.

4.4 Biologischer Landbau – Landschaftspflege – Siedlungspolitik

Wer das Spannungsfeld zwischen organischem Landbau und liberal-kapitalistischer Wirtschaftsweise analysieren will, muss zum Zeitraum um 1840 zurückgehen (1840 bis 1933: Jahrhundert des Rationalismus / K. Meyer). Rudolf Steiner (1861–1925) begründete die Anthroposophische Schule, er arbeitete mit interessierten Landwirten zusammen, um sie zu einer „Rückkehr zur größtmöglichen Natürlichkeit der Bodenbewirtschaftung“ zu bewegen. Diese Philosophie entsprach in Teilen auch der Auffassung von NS-agrarpolitischen Trägern (z. B. Rudolf Hess). Trotzdem wurde die Anthroposophische Gesellschaft im November 1935 verboten. Die Begründung lautete: Sie ist mit ihren Verbindungen zu ausländischen Freimaurern, Juden und Pazifisten staatsgefährdend. Hier stellt H. Haushofer fest: „Die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise (die auf Steiner zurückging) überstand jedoch die Unterdrückung der Anthroposophie in Deutschland durch den Nationalsozialismus und gewann paradoxerweise sogar unter diesem Regime weiter an Einfluss.“

In der Tat waren Erfolge für die Planung festzustellen: 1935 mit der Verabschiedung des Reichsnaturschutzgesetzes, d. h. zum ersten Mal wurde der Landschaftsschutz in einem Gesetz abgesichert. Die Weiterentwicklung ist insbesondere auf drei Autoren zurückzuführen: A. Seifert (Im Zeitalter des Lebendigen. Natur-Heimat-Technik, 1941); H. Wiepking-Jürgensmann; E. Mäding (Landespflge. Die Gestaltung der Landschaft als Hoheitsrecht und Hoheitspflicht, 1942).

Wir verdanken H. Haushofer eine umfassende und objektive Darstellung der damaligen gedanklichen Denkprozesse, die in der Kontinuität der Überlegungen die Landespflge nach dem Zweiten Weltkrieg zur Universitätsdisziplin werden ließ.

4.5 Die Zuarbeitung zu Forschungs- und Planungsaufgaben

4.5.1 Personelle Übersicht

An verschiedenen Stellen wird darauf verwiesen, dass die Mitarbeiter von K. Meyer wissenschaftliche Vor- und Begleitarbeit geleistet haben. Sie wird von ihm wie folgt charakterisiert: „Die Strenge naturwissenschaftlicher Methoden mit jenen geistig-politischen Kräften (zu verbinden), die das Einzelne im Ganzen sehen und auf das als richtig erkannte Gesamtziel ausrichten.“

Vor dem Hintergrund der umfassenden Fragestellungen des „Forschungsdienstes“ und auch wechselnder Schwerpunkte in Rahmen der NS-Daten ist die Frage berechtigt, wie groß der Arbeitsstab dieser Institution war. Direkte Angaben zur Struktur und zugehörigen Wissenschaftlern waren nicht verfügbar. Indirekt kann die Schlussfolgerung gezogen werden: K. Meyer berichtete im „Forschungsdienst“ (1941) „Unsere Forschungsarbeit im Kriege“, dass etwa 250 Mitarbeiter, mehr als die Hälfte, „unter den Fahnen standen; trotzdem musste die geistige Auseinandersetzung mit den durch den Krieg geschaffenen Tatsachen weitergehen.“ Darunter wurde 1941 weitgehend die Aufstellung von Ernährungsbilanzen verstanden.

Einige Hinweise können aus den Publikationen DFG 2006 „Generalplan Ost“ und I. Heinemann (2005) entnommen werden. Allerdings handelt es sich um eine Auswahl von Autoren nach dem Kriterium, ob sie eine DFG-Finanzierung erhalten haben. Das ist aus der Sicht unserer Themenstellung nicht ausreichend. Welche Hinweise liefern uns die beiden o. g. Publikationen? Eine Auswahl aus der Sicht desjenigen, der diesen Personen nach 1950 begegnet ist:

- Max Rolfes: Untersuchung zur Agrarpolitik und Betriebslehre
- Georg Blohm: Richtlinien für die Betriebsförderung und Wirtschaftsberatung der Volksdeutschen Umsiedler
- Herbert Morgen: Untersuchungen über den Einfluss der Siedlungsformen auf das Wirtschafts- und Sozialgefüge des Dorfes
- Josef Umlauf: Untersuchungen über den künftigen Siedlungsaufbau im Ostraum
- Otto E. Heuser: Gemeinschaftsuntersuchungen über landwirtschaftliche Steuerfragen
- Hinzu kommen u. a. sechs Untersuchungen von E. Mäding.

Mit Bezug auf Morgens Untersuchung (s. o.) heißt es: „Einige Agrarsoziologen – wie z. B. Herbert Morgen – arbeiteten während des Krieges zusammen mit Meyer unmittelbar am ‚Generalplan Ost‘“ (DFG, 2006: 16). Ein anderes Bild über Morgen ergibt seine Veröffentlichung „Bestand und Aufbau des Landvolkes“ (1941). Dort heißt es: „Es ist damit zumindest abwegig, den Bauern als den alleinigen Träger der biologischen Kraft unseres Volkes immer wieder herauszustellen.“ Das stand in einer offiziellen Arbeit des Forschungsdienstes! Natürlich war das schon länger wissenschaftlich belegt; so Peter Quante (1933) anhand des statistischen Materials von Preußen.

H. Haushofer verzichtet weitgehend auf die Rezension der einzelnen Beiträge der NS-Zeit in seiner „Ideengeschichte“. Eine erstaunliche Ausnahme macht das Schrifttum bei Seifert, Wiepking-Jürgensmann, besonders jedoch bei E. Mäding. Sein Buch „Landespflege, die Gestaltung der Landschaft als Hoheitsrecht und Hoheitspflicht“ (1942) will „in erster Linie dem heimatlichen Land, der Belebung und Ausdehnung deutscher Landschaftsgesinnung und der Entwicklung lebensgerechter, klarer Gestaltungsgrundsätze dienen, seines Rechts und seiner Verwaltung.“ Und H. Haushofer (1958: 267) setzt fort: „Mäding ist Teil (der Auskristallisierung dieser Idee) für die tägliche Praxis der Verwaltungsarbeit.“ Insgesamt gesehen erscheint eine systematische Auswertung der Publikationen der genannten Autoren notwendig zu sein, um Kontinuitäten und Brüche von Raumforschung und Landesplanung zwischen den drei Zeitabschnitten analytisch feststellen zu können.

Diese Forderung wird an einem Beispiel sehr deutlich: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hatte vor Jahren bereits eine Studie durch Narkort von Hammerstein über das Wirken von Konrad Meyer anfertigen lassen. Das Ergebnis fand jedoch nicht allgemeine Zustimmung (siehe Heinemann, 2005: 54): „die von Hammerstein mehrfach vertretene These (ist) zu überprüfen, dass Meyer ein wissenschaftlich sauberes und Ideologie-unabhängiges Arbeiten bescheinigt werden könne“.

4.5.2 Institutionelle Verzahnung zum Generalplan Ost

Die Frage der aktiven Mitarbeit an der Erstellung des „Generalplan Ost“ und seiner Ausführungshilfen durch K. Meyer wird kontrovers diskutiert. Meyer und seine Verteidigung sahen in der Arbeit der von ihm geleiteten Institute eine theoretische Expertise rein wissenschaftlichen Charakters, ohne die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die furchtbaren Folgen übernehmen zu können. Neuere Erkenntnisse der Historiker zeigen jedoch ein anderes Bild. Unbestritten ist die Vorlage des „Generalplan Ost“ durch K. Meyer als Institutsleiter mit Schreiben vom 15. Juli 1941 sowie der Ergänzung mit Brief vom 28. Mai 1942.

M. Rössler hat 1993 eine Studie vorgelegt, welche die Position von K. Meyer im Zusammenhang mit dem Generalplan Ost aus der Sicht der Nürnberger Prozesse analysiert

(Rössler 1993). Für die weitere wissenschaftliche Bearbeitung ist die folgende Bemerkung von M. Rössler von Bedeutung: „In jüngster Zeit konnten neue Erkenntnisse über Bevölkerungspolitik, Wissenschaft und Planung des nationalsozialistischen Staates gewonnen werden. Detaillierte Aktenstudien zum ‚Generalplan Ost‘, führten zu einem neuen Kapitel der wissenschaftshistorischen Analyse der Auseinandersetzung mit der Rolle der Wissenschaft ‚im Dritten Reich‘ nach 1945.“

4.5.3 Zwischenbemerkung

Im 2. Zeitabschnitt wurden bewusst wörtliche Zitate von K. Meyer und von Äußerungen über ihn ausgewiesen. Damit soll dem Leser die Möglichkeit eröffnet werden, sich selbst ein Bild zum angesprochenen Zeitraum zu machen.

5 Dritter Zeitabschnitt: Die Periode nach 1945

5.1 Konrad Meyer vor dem Internationalen Militärgerichtshof

Für die Selbsteinschätzung K. Meyers bezüglich seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit für die NS-Verbrechen in den besetzten Ostgebieten ist ein Zitat aus seinem „Lebensbericht“ kennzeichnend: „Auf deutsche Rechtsbegriffe bauend und auf deutschem Rechtsgefühl vertrauend habe ich bis zum Herbst nicht geglaubt, in irgendeine Anklage einbezogen zu werden (...) Ich war mir keiner Schuld bewusst.“ Es kam jedoch anders. Im Oktober 1947 wurde der „Fall Nr. 8 gegen Konrad Meyer-Hetling“ zur Verhandlung aufgerufen. Die Anklagepunkte, der Verlauf des Prozesses und die Verteidigungsposition werden im Lebensbericht von dem damaligen Angeklagten ausführlich dargestellt. Erstaunlich ist die relativ hohe Zahl in- und ausländischer Wissenschaftler, die zugunsten des Angeklagten aussagten; darunter die Agrarwissenschaftler Emil Woermann und Alfred Mitscherlich sowie W. Heisenberg, E. F. Sauerbruch und international anerkannte Wissenschaftler. Die Inhalte werden von Historikern nicht oder nur in Bruchstücken ausgewiesen. Der Stellungnahme von E. Woermann dürfte ein besonderes Gewicht zugekommen sein: Gegen Ende des Krieges wurde die Raumplanung für den Osten mehr oder weniger reduziert und damit die Position von K. Meyer sehr stark geschwächt. Der Reichsminister Backe betonte dagegen die Notwendigkeit der Nahrungssicherung. E. Woermann hat durch Studien hier gearbeitet. 1943 wurde – nach M. Burchard – „in Berlin sogar das Institut für Europäische Landbauforschung und Ernährungswirtschaft eingerichtet (...) unter Leitung von E. Woermann.“ Nach dem 20. Juli 1944 wurde E. Woermann verhaftet und in Moabit eingeliefert. Vorausgegangen war ein Treffen auf dem Gut von Wentzel-Teutschenthal, der mit einer Cousine von C. von Dietzes verheiratet war; dort sollte ein Gespräch mit Carl Goerdeler stattfinden (was dann wegen eines Fliegeralarms nicht zustande kam). Wentzel-Teutschenthal wurde im Dezember 1944 hingerichtet (Rössler 1993). Dieser Exkurs erschien notwendig, weil E. Woermann zugunsten von K. Meyer in Nürnberg ausgesagt hat (s. o.). Von Woermann gibt es keine Aufzeichnungen über seine Rolle im Widerstand (Schaefer-Kehnert o. J.). Woermann war nach dem Kriege sowohl Mitglied des Vorstandes der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. als auch Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (K. Becker 2006).

Am 10. März 1948 wurde das Urteil im Fall K. Meyer gesprochen: nicht schuldig bei „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und bei „Kriegsverbrechen“; schuldig in Bezug auf Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation (SS); Schuld durch dreijährige Internierung verbüßt.

5.2 Verhalten Konrad Meyers nach 1945

K. Meyer lebte bis zu seinem Tode (23.04.1973) in seinem Heimatort Salzderhelden. Einige Hinweise sollen zu seiner beruflichen Tätigkeit sowie zu spezifischen Äußerungen gegeben werden.

In seinem „Lebensbericht“ (um 1970) hat K. Meyer hervorgehoben, dass seine Göttinger Zeit für seine berufliche Tätigkeit besonders prägend war. In diese Periode fiel die „Entjudung der Universität Göttingen“, an der er maßgeblich beteiligt war, insbesondere auch bei den Aktionen in Zusammenhang mit dem Rücktritt des jüdischen Physikers und Nobelpreisträgers James Franck (21.03.1933) und der Entlassung (08.02.1934). Der niedersächsische Kultusminister war 1949 bereit, diese Entlassung aufzuheben – dies auch nach einem einstimmig verabschiedeten Antrag der Göttinger Fakultät (Franck selbst hatte keinen Antrag auf Wiedergutmachung gestellt). Heinrich Becker berichtet, dass der „Akte Francks ohne ersichtlichen Grund eine eidesstattliche Erklärung des Professors Konrad Meyer beiliegt“ (Becker 1998). Unter dem Datum des 12.10.1950 enthält sie die folgenden bemerkenswerten Formulierungen: „Unmittelbar nach den Ereignissen des Januar 1933 erschien von dem o. Prof. der Physik Franck gegen das neue Regime eine öffentliche Stellungnahme, die eine Bloßstellung und Brückierung der eigenen Regierung besonders vor dem Aufstand bedeutete.“ Hier war – so Heinrich Becker – die „sinngemäße Wiederholung, was 1933 von 42 Dozenten zu Francks Rücktrittserklärung gesagt wurde, vorgenommen“; jetzt allerdings ohne den letzten Satz von 1933: „Die Regierung (solle) die notwendigen Reinigungsmaßnahmen daher beschleunigt durchführen.“

Diese Dokumentation, die wir Heinrich Becker verdanken, ist ein Beleg dafür, dass es Konrad Meyer, der sich selbst als führender Raumwissenschaftler verstand, nicht gelungen war, die eigene frühere NS-Position 1950 kritisch zu reflektieren!

Die Grundlagen der Tätigkeit von Konrad Meyer in Raumforschung und Landesplanung nach dem 2. Weltkrieg ist auch seinem Aufsatz „Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung 1935–1945“ zu entnehmen (Meyer 1971). Hierzu sagt A. Kübler (2007) kritisch: „In dem apologetischen Artikel (...) versichert er (K.M.), dass – unter Hinweis auf den Nürnberger Prozess die RAG sich für eine dämonisierende Geschichtsbetrachtung (nicht) eignet: „Unsere RAG war eine ganz normale Wissenschaftsorganisation.“

M. Herzberg (1997) findet es „bedenklich (...), dass die ARL eine solche Rechtfertigung noch 1971 unkommentiert veröffentlichte“ (als Forschungsbericht des Ausschusses „Historische Raumforschung“). A. Kübler fährt in seiner Kritik fort: „Seine Tätigkeit als Chef der Hauptabteilung „Planung und Boden“ beim RKF und Autor des Generalplans Ost lässt K. Meyer unter den Tisch fallen.“

Im Sommer 1956 erhält K. Meyer den Ruf auf den neu geschaffenen Lehrstuhl für Landbau und Landesplanung der TH Hannover. In seinem „Lebensbericht“ (um 1970) drückt er darüber seine Zufriedenheit aus: „Dass ich 20 Jahre nach Übernahme der Leitung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (1936) einen der ersten, in den Nachkriegsjahren geschaffenen Lehrstühle für diese neue Disziplin bekleiden würde (...)“. Es ist außerordentlich problematisch, sich über den Wandel der Auffassungen K. Meyers ein abgestütztes Bild zu machen: von der perfiden Stellungnahme beim Verfahren der Wiedergutmachung für James Franck (1950) bis zur selbstherrlichen Feststellung bei der Übernahme des Lehrstuhls (1956)!

In die DFG-Ausstellung „Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“ im Jahre 2006 wurde auch die Buchveröffentlichung K. Meyer von 1964 aufgenommen: „Ordnung im

ländlichen Raum. Grundlagen und Probleme der Raumplanung und der Landentwicklung.“ Der Grund dafür dürfte darin zu sehen sein, dass den „Kontinuitäten und Brüchen“ in Meyers Denken nachgegangen werden sollte (Heinemann 2005). Knapp gefasst: Zentrale Begriffe aus der NS-Zeit wurden ausgewechselt: „Volk“ durch „Gesellschaft“; „Neuordnung durch Vertreibung und Umvolkung“ durch „Planmäßige Absiedlungs- und Peuplierungsmaßnahmen (...) als Verwirklichung der neuen Ordnung Europas“).

Nach jüngeren Untersuchungen ist K. Meyers politisches Leben jedenfalls anders als in seinem „Lebensbericht“ gezeichnet (siehe u.a. die Arbeiten der DFG-Forschungsgruppe um R. von Bruch und U. Herbert; Roth; Leendertz; Herzberg; Heinemann etc.).

Bleibe abschließend noch eine nicht raumordnungsgebundene Analyse. K. Meyer sagt in seinem „Lebensbericht“: „Ich nehme für mich in Anspruch (...) nicht andere Völker gering zu schätzen oder gar zu hassen.“ Der Wortgebrauch hat sich bis in die 70er Jahre bei K. Meyer jedoch nicht geändert! Er wurde bis zur Grenzstation der amerikanischen-englischen Zone von einem US-Soldaten schwarzer Hautfarbe begleitet. K. Meyer sagt in seinem „Lebensbericht“: „Ein freundlich grinsender Neger erschien mit Marschgepäck; er zeigte mir stolz das Bild seiner ganzen Familie, eine dicke Negermami ...“. So weit zum Abschluss dieses Kapitels und zur Kennzeichnung der Haltung K. Meyers dieser Ausflug in die Semantik.

5.3 Raumordnung und Raumforschung – der Anspruch auf eine wertneutrale Disziplin

In der Diskussion um Kontinuitäten und Brüche wird oft argumentiert, Raumforschung und Raumordnung würde „auf den philosophischen Grundrissen der Menschheitsgeschichte und ihren Werten aufbauen“ (v. Malchus 1996); d.h. diese Begriffe seien gewissermaßen zeitlos und nicht Erfindungen des Nationalsozialismus. K. Meyer hat das 1971 in einem Beitrag ähnlich formuliert: „Die Begriffe Raumordnung und Raumforschung wären auch ohne das Regime der 30er Jahre geboren und politische Vokabeln geworden“ (Meyer 1971). Auch die Aussage von K.H. Olsen (1960) in der Festschrift der ARL ging in die gleiche Richtung: „In Wahrheit haben Raumordnung und Raumforschung mit dem Nationalsozialismus auch nur das geringste zu tun“ (Meyer 1971).

In diesen Äußerungen wird übersehen, dass die beiden Begriffe in eine wirtschafts- und gesellschaftliche Konzeption einzuordnen sind; sie erhalten vor diesem Hintergrund ihre Inhaltsbestimmung. Sie werden den obersten Zielen der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik untergeordnet – sei es als Unterziele oder Instrumente. In der NS-Zeit (1933–45) lauteten sie: Blut- und Bodenideologie, Nürnberger Gesetze, Umvolkung. Diese verbrecherisch orientierte Konzeption war mit Gewalt, Vertreibung und Tötung verbunden, im Sinne eines totalitären Staates. Raumforschung und Raumordnung wurden mit ihren Ergebnissen zur fürchterlichen Zuarbeit zum Generalplan Ost herangezogen (Buchholz 2007). In einer Demokratie erhalten die Begriffe „Raumforschung und Raumordnung“ einen entgegengesetzten Inhalt durch ihre obersten Ziele der Freiheit und Partizipation.

Die Bilanz und Bestätigung aus dieser Sicht: K. Meyer hat Raumordnung und Raumforschung in dem totalitären NS-Staat (1933–1945) und in der demokratischen Bundesrepublik (ab 1948 bis 1973) vertreten: Kontinuität in der Verwendung der Begriffe bei einem (zweifachen) Bruch des politischen Systems!

5.4 Brüche und Kontinuitäten

5.4.1 Persönliche Vorbemerkungen

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges brachen auch die NS-Strukturen mit ihren Institutionen der Raumforschung und Raumordnung sowie der Landesplanung zusammen. Es blieben die Personen, die ihre Leitungsaufgaben ausgeübt und die sich nun zu verantworten hatten (K. Meyer in Nürnberg; siehe DFG 2006) bzw. sich um neue berufliche Tätigkeiten bemühten. An den Universitäten herrschten desolante Zustände in Lehre und Forschung und damit die Notwendigkeit eines Wiederaufbaus, der Um- und Neuorientierung.

An dieser Stelle sei es erlaubt, einige persönliche Notizen aus dieser Zeit einzufügen. Sie befassen sich themenbezogen mit meiner beruflichen Tätigkeit in Bonn und meiner Mitarbeit in der ARL, die zu entsprechenden Informationen führten.

Im Institut für Agrarpolitik der Universität Bonn war Heinrich Niehaus mein Lehrer, der in Berlin enger Mitarbeiter von Sering gewesen war. Er konnte sehr engagiert über diese Zeit berichten, sowohl von den wissenschaftlichen Aufgaben als auch von der „geistigen Großmacht“ seines Lehrers Max Sering in dieser Zeit. Von 1953 bis 1959 war ich wissenschaftlicher Referent bei der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. (FAA). Der Vorsitzende war C. von Dietze. Dort hatten mein Kollege Herbert Kötter und ich Gelegenheit, mit Persönlichkeiten zusammenzutreffen, die dem NS-Regime in unterschiedlicher Weise Widerstand geleistet hatten: C. von Dietze, H. Niehaus, E. Woermann, Wilbrandt, Hanau u. a. Weitere Kontakte bestanden mit Rolles, Blohm, Morgen, die im DFG-Katalog als Zuarbeiter zum Generalplan Ost aufgeführt werden und die auf Vorschlag von C. von Dietze in den Kreis der Institute „Dorfuntersuchungen“ (1952/53, 1953/54, 1954/55) aufgenommen worden waren. Wahrscheinlich durch die Mitgliedschaft von H. Morgen in der FAA und in der ARL wurde ich in den Forschungsausschuss Raum und Landwirtschaft der ARL Ende der 1950er Jahre berufen (Wahl zum Ordentlichen Mitglied 1963). Dort habe ich – wie auch die Ordentlichen Mitglieder der ARL H. Bergmann, G. Thiede und G. Reinken – Konrad Meyer in seinem wissenschaftlichen Denken erlebt. Unsere Auffassung über seinen möglichen politischen und wissenschaftlichen Sinneswandel dürfte sich mit dem Eindruck von I. Heinemann (2005) weitgehend decken: „Der Inhalt der Arbeit blieb weitgehend gleich, allerdings wurden neue Begriffe – jetzt im Europäischen Kontext der Integration bzw. der Entwicklung ländlicher Räume verwendet.“

Für H. Morgen ergab sich ein anderes Bild: Feinfühlig, zurückhaltend, ohne Eigenüberschätzung, kritisch, wahrscheinlich auch im Hinblick auf die eigene politische Vergangenheit.

So wurde ich durch Zufall Zeitzeuge auf beiden Seiten des politischen Geschehens (FAA und ARL).

5.4.2 Institutionelle Kontinuitäten und Brüche

Allgemeiner Überblick

Kontinuitäten und Brüche ergeben sich nach 1945 insbesondere für zwei Institutionen:

- die ARL: 1945 Anweisung der RAG durch die Provinzialverwaltung Hannover, die wissenschaftliche Tätigkeit fortzusetzen, 1946 gegründet bzw. wieder gegründet (1946 Umbenennung der RAG in ARL)
- die Nachfolgeeinrichtung des Sering-Instituts (FAA), gegründet 1952.

Über beide wird nachstehend berichtet werden. Weiterhin soll am Rande hingewiesen werden auf die neuen Aufgaben der Inneren Kolonisation nach 1945, die sich durch den Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen, dem Agrarsektor zugehörig, ergaben: Die Moorkultivierung im Emsland, die regionalen Siedlungsgesellschaften in den Bundesländern, die regionalen Umsiedlungsvorschläge von G. Isenberg, die Gründung der Agrarsozialen Gesellschaft (ASG) in Göttingen (auf Initiative von Tassilo Tröscher), die Wiedergründung des Vereins für Socialpolitik (1948), die Aufnahme der Tätigkeiten der International Conference of Agricultural Economists (1947 Teilnahme M. Rolfes, C. von Dietze wurde durch die französische Besatzungsmacht die Teilnahme untersagt).

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)

Als Institution wurde die ARL im Jahre 1946 gegründet als „eine außeruniversitäre und unabhängige raumwissenschaftliche Einrichtung mit Servicefunktion für die grundlagen- und anwendungsbezogene Forschung in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Ökologie und Kultur.“ So die Ausführungen im Vademecum der ARL 2007/2008.

Zwei wesentliche Bestimmungsgründe sind für diese (Neu-)Gründung zu nennen: Der starke Einfluss von Personen in Wissenschaft und Administration, die bereits in der NS-Zeit in Raumforschung und Raumordnung führend tätig waren, und der Standort Hannover, wo sich die der Raumordnung und der Fortsetzung ihrer Arbeiten günstig gesinnte Provinzialverwaltung befand. Bei der ARL haben sich ihre Vertreter bemüht, die Kontinuität zu früheren Institutionen sowohl zu leugnen als auch zu bejahen. Es soll nochmals auf das Zitat von K. H. Olsen verwiesen werden (DFG 2006). I. Heinemann (2005) hat den Nachweis geführt, dass es bei Personen und Denkansätzen eine Kontinuität zwischen der NS-Zeit und dem ARL-Wirken ab 1946 gibt. Klaus Becker hat jüngst in einem Aufsatz in „Raumforschung und Raumordnung“ auf die personelle Verbindung zwischen NS-Zeit und der Anfangsperiode der ARL hingewiesen (Becker 2006). In der NS-Zeit gab es ein horizontal wirksames Netzwerk mit den Personen Meyer, Hunke, Brüning und Morgen. Es wurde 1946 neu installiert:

- Brüning als Präsident 1946 bis 1959,
- Hunke als Wissenschaftlicher Sekretär 1949 bis 1954 und Vizepräsident 1960 bis 1965 und 1971 bis 1974,
- Meyer als verantwortlicher Redakteur (mit Kühn und Haubner) bei der Erstellung des Handwörterbuchs der Raumforschung und Raumordnung (1963 bis 1966),
- Morgen als Präsident 1966 bis 1970, mit Vizepräsident Umlauf 1966 bis 1968.

Aus einem Briefverkehr mit Klaus Becker (22.9.2008) über personelle und inhaltliche Kontinuitäten der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) geht hervor, dass bei der ARL „zu keiner Zeit von einer Neu-Gründung gesprochen worden ist.“ Im Februar 1953 wurden die ersten 19 Ordentlichen Mitglieder durch das Niedersächsische Ministerium des Innern ernannt, auf Vorschlag von Präsident Brüning. Weitere 19 Ordentliche Mitglieder wurden dann in der ersten Mitgliederversammlung am 28.4.1953 zugewählt, darunter auch E. Woermann (der sich jedoch meines Wissens wenig aktiv beteiligte). Klaus Becker sagt in seinem Brief: „Es überrascht sicher nicht, dass sich sowohl unter den ernannten wie auch den zugewählten Ordentlichen Mitgliedern Personen befinden, die bereits in Arbeitsberichten und/oder Veröffentlichungen der RAG genannt werden. So bestätigt sich die Vermutung, dass auch (...) hinsichtlich der handelnden Personen ein hohes Maß an Kontinuitäten bestand.“

Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. (FAA)

Auf einer Arbeitstagung der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. in München (1957) stellte ihr Vorsitzender C. von Dietze fest: „Die FAA ist vor etwas mehr als fünf Jahren gegründet worden mit der ausgesprochenen Absicht und Aufgabe, das Erbe Max Sering zu pflegen und fortzubilden. Sie wollte und sollte die Lücke ausfüllen, die entstand, als das von Sering geschaffene und geleitete Deutsche Forschungsinstitut für Agrar- und Siedlungswesen 1934 auf Betreiben des nationalsozialistischen Reichsernährungsministers aufgelöst wurde“.

Es war ein historischer Glücksfall, dass das Bundesministerium für Landwirtschaft Anfang der 50er Jahre nach einer wissenschaftlichen Abstützung seiner regional ausgerichteten und differenzierten Strukturpolitik suchte; in späteren Phasen hatte die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Finanzierung übernommen. Es bot sich an, auf das von Max Sering aufgebaute und von den NS-Oberern zerstörte Netzwerk mit seinen Abteilungen „in allen Teilen des Reiches“ (jetzt für die Bundesrepublik) zurückzugreifen. Unter dem Vorsitz C. von Dietzes wurde 1952 mit der Untersuchung der „Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern“ begonnen. Die Ergebnisse wurden 1953 in Bad Ems vorgetragen (v. Dietze; Rolfes; Weippert 1954). Zehn Einzelberichte verdichteten die Aussagen. Es folgen „Dorfuntersuchungen“ (1953/54) mit dreizehn Einzeldarstellungen. Der Untersuchungsabschnitt 1954/55 befasste sich mit der sozialen Sicherung auf dem Lande, ebenfalls mit dreizehn Einzeldarstellungen. Diese für Raumforschung und Raumordnung wichtige empirische Forschung wurde auch in der Folgezeit von der Forschungsstelle konsequent fortgesetzt:

- Heinrich Becker: Dörfer heute – Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972 und 1993/1995 (Becker 1997),
- Michael Hainz: Dörfliches Sozialleben im Spannungsfeld der Individualisierung (Hainz 1999).

Hier wird wiederum auf die zehn westdeutschen Dörfer aus dem Jahre 1951 zurückgegriffen, ergänzt durch vier ostdeutsche Dörfer (nach der Wiedervereinigung). Die Bilanz wird in „Neuere Erklärungsansätze und empirische Ergebnisse“ ausgewiesen (Struff 2000 a). In der Kontinuität der Arbeiten von Max Sering (1921) über Constantin von Dietze (1952) bis zum jungen Forschungsteam der FAA (um 2000) wurde viel an Fakten und theoretischen Grundlegung der regionalen Wirtschaftspolitik sowie von Raumordnung und Raumforschung erarbeitet. Das Sering-Institut/die FAA hatten den Bruch 1933 bis 1945 trotz vieler Diffamierungen der leitenden Persönlichkeiten durch die NS-Behörden überwunden. Die Tätigkeiten der FAA zeigen folgende Schwerpunkte:

- Koordination der Hochschulforschung/der Universitätsinstitute im Bereich agrarstruktureller und regionalpolitischer Fragestellungen (Auflistung in: Berichte über Landwirtschaft, 1957),
- Politikberatung auf Bundes- und Länderebene, Finanzierung einer Forschungsstelle der FAA durch Finanzmittel des BMELV,
- Ausbildung von ca. 30 jüngeren Regionalplanern mit Erfahrungen in der ländlichen Sozialforschung (Struff 1992);
- Publikation von ca. 300 Einzeluntersuchungen.

In Freiburg lag ein besonderer Schwerpunkt in der Forschung und in der Ausbildung. Absolventen wurden Landesminister, Geschäftsführer regionaler Planungsgemeinschaften

ten und erlangten Positionen in berufsständischen Institutionen sowie kommunalen Spitzenpositionen. Diese externen positiven Effekte zugunsten der Regionalplanung in der Frühphase ihrer Konzeptionalisierung sollten nicht übersehen werden. Die regionalpolitischen Untersuchungen wurden nach der Emeritierung Constantin von Dietzes von J. Heinz Müller erfolgreich fortgesetzt (Müller, Dams Schriftenreihe).

Die ursprüngliche Aufgabe der FAA, gemeinsame Forschungen unter einem regionalwissenschaftlichen Gesamthema der Universitätsinstitute zu koordinieren, konnte wegen mangelnder Finanzierung nicht fortgeführt werden. Die Forschungsstelle der FAA blieb bestehen, finanziert durch das Bundesministerium für Landwirtschaft. In der Amtszeit von Bundesministerin Künast wurde die Finanzierung eingestellt und die Forschungsstelle nach Braunschweig zur Forschungsanstalt für Landwirtschaft transferiert, in das Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei des Johann Heinrich von Thünen-Instituts. Dort ist heute auch der letzte Geschäftsführer der FAA-Forschungsstelle Heinrich Becker, ein anerkannter Wissenschaftler im Bereich der empirischen ländlichen Sozialforschung, tätig (auf seine wissenschaftlichen Verdienste in der Erforschung der NS-Zeit in der Göttinger Universität wurde bereits verwiesen).

Mit der Entscheidung des Künast-Ministeriums, die Finanzierung der FAA-Forschungsstelle einzustellen, endete die bis dahin institutionell abgesicherte Sering-Tradition.

Kooperation zwischen ARL und FAA

Angesichts der vergleichbaren Forschungsschwerpunkte der beiden Institutionen ARL und FAA stellt sich die Frage, ob und inwieweit es eine Kooperation nach 1946 bzw. 1952 gab. Diese wurde unter Hinweis auf die NS-Tätigkeiten von Vorstandsmitgliedern der ARL strikt von C. von Dietze persönlich vor dem Hintergrund der bitteren Erfahrungen in der NS-Zeit abgelehnt. Das besagte jedoch nicht, dass Mitarbeitern der Freiburger Forschungsstelle Tätigkeiten bei der ARL untersagt wurden (nach Aussage von V. von Malchus, Assistent im Institut von C. von Dietze). Es ist auch erstaunlich und spricht für die große Toleranz von C. von Dietze, dass Mitglieder des Stabes von K. Meyer (siehe: DFG-Ausstellung 2006), die nach 1945 an Hochschulen tätig waren, in den Kreis der Leiter der untersuchungsführenden Institute der FAA aufgenommen wurden (u. a. Morgen, Rolfes, Blohm etc.).

Jegliche Kontakte mit K. Meyer und H. Hunke lehnte C. von Dietze jedoch weiterhin strikt ab.

Im Vorstand der Forschungsgesellschaft war auch Emil Woermann vertreten. Er gehörte zu den profiliertesten Vertretern der Landwirtschaftlichen Betriebslehre und der Standortforschung. Zwischen von Dietze und Woermann bestanden sehr enge persönliche und fachliche Beziehungen.

6 Schlussbetrachtung – die moralisch-ethische Dimension

Die Analyse der drei Zeitabschnitte hat ein sehr vielschichtiges, in den wichtigsten Punkten der Untersuchung jedoch ein eindeutiges Bild ergeben. Das Schwergewicht lag auf dem 2. Zeitabschnitt, der NS-Periode 1933–1945. Bei der Darstellung wurde insbesondere auf den „Lebensbericht“ (um 1970) von K. Meyer und auf die „Erinnerungen“ (Aufzeichnungen 1944/45 im Gefängnis Moabit und KZ-Lager Ravensburg) von C. von Dietze zurückgegriffen. Die seit den 60er Jahren vorgelegten Untersuchungen wurden insbesondere mit Bezug zu Aussagen von K. Meyer ausgewertet. Der „Lebensbericht“ von K. Meyer ist also als lückenhaft im Sinne unserer Fragestellung, als beschönigend

und NS-idealistisch (bis zu seinem Lebensende, insbesondere wegen der positiven Bewertung der Waffen-SS) sowie als in Teilen die Tatsachen entstellend einzuordnen. Wer allerdings die Nachrufe zum Tode von K. Meyer liest, wird ein anderes Bild vorgeführt bekommen! Es ist schon schwierig, den Satz aus einem der Nachrufe zu akzeptieren: „Konrad Meyer gehörte zu jenen selten gewordenen Menschen mit natürlichem Adel des Wesens und der Haltung, dem sich keiner entziehen konnte.“ Die Tatsachen seines Wirkens 1933–1945, wie sie in den Dokumenten der Geschichtsforschung ausgewiesen werden, sind in den Nachrufen ausgeklammert worden. Konrad Meyer war sich keiner Schuld, die er in der NS-Zeit auf sich geladen hatte, bewusst. Die Entscheidung des Nürnberger Militärgerichtshofes war für ihn eine Bestätigung, dass er stets gerecht und richtig gehandelt hatte.

Sein verwerfliches Verhalten z. B. gegenüber Max Sering und Constantin von Dietze hat meines Wissens zu keiner Entschuldigung geführt, auch nicht in seinen Arbeiten – diese moralisch-ethische Dimension war einem „aufrechten“ Konrad Meyer unbekannt!

Literatur

- Becker, H. (1997): Dörfer heute. Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972 und 1993/95. Bonn.
- Becker, H. (1998): Von Nahrungssicherung zu Kolonialträumen. Die landwirtschaftlichen Institute im Dritten Reich. In: Becker, H. u. a. (Hrsg.): Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. München.
- Becker, K. (2006): Die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ 1936–2006. In: Raumforschung und Raumordnung. Köln.
- Becker, K. (2008): Brief vom 22.9.2008.
- Brinkmann, Th. (1922): Die Ökonomik des Landbaus. In: Handbuch der Sozialwissenschaften. Heidelberg.
- Buchholz, H. (2007): Die Furchtbaren Planer. In: Badische Zeitung. Freiburg.
- Burchard, M. (1993): Welt- und Menschenbild und seine wissenschaftliche Ausprägung in der Agrarpolitik am Beispiel des Wirkens von K. Meyer (1933–1945). Berlin.
- Darré, R. W. (1929): Das Bauerntum als Lebensquell der Nordischen Rasse. München.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) (2006): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Der Generalplan Ost des Nationalsozialismus. Bonn, Berlin.
- Diener, H. O. (1931): Kapitalismus und Bauernbetrieb. In: Fortschritte der Landwirtschaft. Wien.
- Hainz, M. (1999): Dörfliches Sozialleben im Spannungsfeld der Individualisierung. Bonn.
- Haushofer, H. (1958): Ideengeschichte der Agrarwirtschaft und Agrarpolitik. Bd. II. Bonn, München, Wien.
- Heinemann, I. (2005): Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa – Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die Deutsche Forschungsgemeinschaft. In: Heinemann, I.; Wagner, P. (Hrsg.): Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Stuttgart.
- Herzberg, M. (1997): Raumordnung im Nationalsozialistischen Deutschland. Dortmund.
- International Conference of Agricultural Economists (ICAE) (1936 und 1938): Proceedings. Oxford.
- Kegler, K.; Stiller, A. (2008): Konrad Meyer. In: Haar, I.; Fahlbusch, M. (Hrsg.): Handbuch der völkischen Wissenschaften. Opladen.
- Krzymowski, R. (1919): Philosophie der Landwirtschaftslehre. Stuttgart.
- Kübler, A. (2007): Raumordnung in Deutschland. Untersuchung zur Geschichte ihrer Institutionalisierung von Beginn bis Mitte des 20. Jahrhunderts. Tübingen.
- Laur, E. (1919): Bauernpolitik. Aarau.
- Merkenschlager, F. (1934): Zwischen Hünengrab und Pfahlbau. Berlin.
- Meyer, K. (um 1970): Höhen und Tiefen. Lebensbericht. Handschriftliche Aufzeichnungen. Salzderhelden.
- Meyer, K. (1971): Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung 1935 bis 1945. In: Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert. Hannover.

- Müller, J. H.; Dams, Th.: Schriften zu Regional- und Verkehrsproblemen in Industrie- und Entwicklungsländern. Berlin (bisher ca. 60 Einzelbände).
- Rössler, M. (1993): Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin.
- Schaefer-Kehnert, W.: Woermann hat keine Aufzeichnungen über seine Position in der Zeit 1933–1945 über seine Inhaftierung in Moabit gemacht. Wir verdanken Schaefer-Kehnert, einem Schüler Woermanns, dazu nähere Angaben. Er hat sie auf 8 Seiten Maschinenschrift festgehalten, die ich nach Einwilligung seines Sohnes einsehen konnte.
- Sontheimer, K. (1983): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. In: Der Weg ins Dritte Reich. München.
- Stoehr, I. (2002): Von Max Sering zu Konrad Meyer. Ein „machtergreifender“ Generationswechsel in der Agrar- und Siedlungswissenschaft. In: Heim, S. (Hrsg.): Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus. Göttingen.
- Stremme, H.; Ostendorff, E. (1937): Die bäuerliche Siedlungskapazität des Deutschen Reiches. In: Petermanns Geographische Mitteilungen. Heft 228. Gotha.
- Struff, R. (1992): Regionale Lebensverhältnisse. Teil Wohnen, Arbeiten und Sozialhilfe in Stadt und Land. Bonn.
- Struff, R. (2000 a): Ländliche Lebensverhältnisse in Deutschland. Neuere Erklärungsansätze und empirische Ergebnisse. Bonn.
- Struff, R. (2000 b): Ländliche Lebensverhältnisse Teil 2: Sozialwissenschaftliche Dorf- und Gemeindestudien in Deutschland. Bonn.
- Volkman, H. E. (1989): Deutsche Agrarreliten auf Revisions- und Expansionskurs. In: Broszat, M. u. a.: Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg. München.
- von Dietze, C. (1944/45): Erinnerungen. Im Gefängnis Moabit und im Konzentrationslager Ravensburg. Handschriftliche Aufzeichnungen.
- von Dietze, C.; Rolfes, M. Weippert, G. (1954): Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern. Ergebnisse einer Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland. Berichte über Landwirtschaft. Sonderheft 157. Hamburg.
- von Dietze, C. (1957): Gedenkrede auf Max Sering anlässlich der 100. Wiederkehr seines Geburtstages. In: Berichte über Landwirtschaft. 168. Sonderheft Hamburg, Berlin.
- von Frauendorfer, S. (1927): Sind Bauernbetriebe kapitalistische Unternehmen? In: Landwirtschaftliches Jahrbuch für Bayern.
- von Malchus, V. (1996): Entwicklung, Aufgaben und Perspektiven einer wissenschaftlichen Akademie. In: ARL (Hrsg.): 50 Jahre Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Vorträge zum ARL-Jubiläum. Hannover.